Regional



Das Haus der Bürgerschaft in Bremen feiert in diesem Jahr 60-jähriges Jubiläum. Das Parlamentsgebäude wurde nach mehreren Wettbewerben, hitzigen Debatten und Überarbeitungen 1966 nach Plänen des Berliner Architekten Wassili Luckhardt errichtet.

Architektenkammer Niedersachsen

a|k architektenkammer der freien hansestadt bremen

FOTO: MICHAEL DIECK

Sommerfest

Bremer Weg statt Bremensien:

LBO-Novelle war Thema beim Sommerfest



Auf dem Podium: die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung Özlem Ünsal mit Torsten Sasse, Präsident der IKHB (l.), und Oliver Platz, Präsident der AKHB (r.)

Beim Sommerfest der Architektenkammer und der Ingenieurkammer Bremen haben sich am 28. August 2026 die Mitglieder beider Kammern zum Austausch und Netzwerken getroffen. Unter den rund 300 Gästen konnten die Präsidenten Oliver Platz und Torsten Sasse viel Prominenz aus Verwaltung, Politik, Kultur und Wirtschaft zum berufspolitischen Austausch begrüßen. Bausenatorin Özlem Ünsal wurde herzlich als Gesprächspartnerin auf dem Podium begrüßt.

Zu Beginn absolvierte Senatorin Ünsal mit Bravour einen Parforceritt durch die vielen aktuellen Themen der letzten Monate. Das erste und für die Anwesenden wohl wichtigste Thema war die Novelle der Landesbauordnung, die erst kurz zuvor nach intensiven Verhandlungen beschlossen worden war. Insbesondere der Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen musste mit dem Verzicht auf eine Begrünungspflicht bei Gewerbebauten Federn lassen. Die Erleichterung über die erzielte Einigung der „sturmerprobten Koalition" war herauszuhören. Im Vorfeld des Beschlusses hatten Architektenkammer und Ingenieurkammer Bremen in einem gemeinsamen offenen Brief an die Senatorin auf eine zügige Verabschiedung gedrängt, um die geplanten Maßnahmen des Bremer Wegs sowie weitere Erleichterungen in die Umsetzung zu bringen. Der guten Beziehung zwischen Kammern und Politik hat dies keinen Abbruch getan, die Senatorin betonte mehrfach die gute Zusammenarbeit und auch die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Abstimmung mit den Berufsständen.

Ohne Schlusspunktfunktion mehr Risiken

Den anschließenden berufspolitischen Diskurs zwischen Aperol und Häppchen dürfte insbesondere der ab Januar 2027 geltende Wegfall der Schlusspunktfunktion befeuert haben. Befürchtet wird dadurch unter anderem ein zunehmender Beratungsaufwand für Architektinnen und Architekten, der über die zulässigen Grenzen der Rechtsberatung hinausgehen könnte. Nach dem Hinweis von Präsident Oliver Platz auf die zunehmende Verlagerung von Prüfungs-, Koordinierungs- und Haftungsrisiken auf die Planerschaft appellierte die Senatorin an die Anwesenden: Mit der gewünschten Verfahrensbeschleunigung bestünde die Notwendigkeit, auch die Verantwortlichkeiten entsprechend gleichmäßig zu verteilen, wenn man zu Effizienzgewinnen kommen wolle.

Bauvorhabenkonferenz schafft Planungssicherheit

Als Kompensation für den reduzierten Prüfumfang durch die Genehmigungsbehörde stellte Senatorin Ünsal das Instrument der Bauvorhabenkonferenz vor. Die Bauherrenschaft erhält damit die Möglichkeit, alle für das Bauvorhaben relevanten öffentlichen Stellen zur Abstimmung an einen Tisch zu bringen, um die baurechtlichen Fragestellungen rund um das Bauvorhaben frühzeitig zu klären und abzusichern. Ünsal: „Wenn Bauherrenschaft und Verwaltung sich früh verbindlich verständigen, sparen wir uns die dritte und vierte Überarbeitung." Die Bauvorhabenkonferenz ist für den Auftraggeber kostenpflichtig, sie kann sowohl für den Planungsbereich als auch für den bauordnungsrechtlichen Teil des Vorhabens beantragt werden.





Lars Lammers (l.) und Florian Kommer (r.) sorgten altbewährt am DJ-Pult für gute Stimmung.

Auf dem Bremer Weg

Unumstritten und von den Kammern aktiv mitgestaltet war die Weiterentwicklung der Landesbauordnung in Richtung Umbauordnung durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Sanierung und Umbau von Bauten im Bestand. Senatorin Ünsal: „Unnötige Anforderungen fallen weg, die Qualitäts- und Sicherheitsstandards bleiben. Gerade im Bestand liegt für den Wohnungsbau noch Potenzial. Das wollen wir heben."

Die Umsetzung weiterer Instrumente der Verfahrensvereinfachung, sei es durch die Einführung des digitalen Bauantrags oder durch den Wegfall von Bremer Sonderregelungen im Rahmen des „Bremer Wegs", wurden ebenfalls von der Senatorin betont. Sie kündigte an, Regelungen abzuschaffen, deren Nutzen nicht nachweisbar ist, und die Bauordnung weiter an die Musterbauordnung anzupassen „Wir haben Bremensien weiter abgebaut. Bremen hat sich seine Sonderwege lange geleistet. Nicht jeder davon war seinen Preis wert oder hat zum erhofften Ergebnis geführt." Gerade mit Blick auf das Ziel der Kostensenkung sei dies notwendig: „Kürzere Verfahren sind nicht nur für die Verwaltung sinnvoll. Sie senken unmittelbar Kosten. Frühe Abstimmung senkt Planungskosten und verhindert Frust an vielen Stellen."

Weiter ging es im LBO-Themenreigen mit der Umsetzung der kommunalrechtlichen Rahmenbedingungen für den auf Bundesebene eingeführten „Bau-Turbo" durch Aussetzung eines B-Planverfahrens bei Flächenumnutzungen mit dem Ziel der schnelleren Umsetzung von Wohnungsbauvorhaben. Insgesamt sei die Umsetzung von zwei Novellen in zwei Jahren ein Kraftakt für die Verwaltung gewesen, so Senatorin Ünsal. Nun müsse man gemeinsam den begonnenen „Kulturwandel", den die Novellen eingeleitet haben, mit Leben füllen und die gewonnenen Möglichkeiten nutzen.

IBA als Perspektive

Abschließend ging die Senatorin auf die in diesem Jahr konkret gewordenen Überlegungen zu einer Internationalen Bauausstellung im Land Bremen ein, die sich insbesondere die SPD-Fraktion auf die Agenda gesetzt hat und die nun mithilfe von Workshops und Expertentreffen in ein Konzept gegossen werden soll. Thematisch soll es um die Weiterentwicklung von Bremer Quartieren gehen, die bisher noch nicht im Fokus des Baugeschehens standen: „Robust, sozial und zirkulär: Quartiere, in denen niemand abgehängt wird." Denn: „Bremen hat etwas, das andere Städte aufschauen lässt: jahrzehntelange Erfahrung in der Quartiersentwicklung." Die IBA soll Kräfte bündeln und durch eine zeitlich auf zehn Jahre begrenzte Projektdauer eine konkrete Perspektive schaffen. Ein Memorandum soll im Jahr 2027 den Start für die IBA vorstellen.

Wir danken unseren Sponsoren:
Jörn Adameit Ingenieurbüro, AIA AG, andreas schneider architekten GmbH & Co. KG, blacklinearchitects, BDVI Landesgruppe Bremen, BPR Ingenieure GmbH & Co. KG, Bremen, BPR Sachverständigen GmbH, BPW Stadtplanung Partnerschaftsgesellschaft mbB, CASTRINGIUS Rechtsanwältinnen Rechtsanwälte I Notarinnen Notare, Concept+3 architecture GmbH, Grundbaulabor Bremen Ingenieurgesellschaft für Geotechnik mbH, Gruppe GME Architekten BDA, gruppeomp Architektengesellschaft mbH BDA, HANSA-PLANUNG Ingenieurbüro für Gebäudetechnik GmbH, HDI AG, Köper und Ring Ingenieurgesellschaft mbH, p+t planung stadt land freiraum, protze + theiling GbR, S3 Sasse + Sasse Bremen | Architekten und Beratende Ingenieure, Saniro Rohrinnensanierung GmbH, STB Ingenieure Bremen, Umtec Ingenieure Sasse Meyer von Mücke GmbH & Co. KG, Zill Klochinski Hütter Scharmann PartG mbB Beratende Ingenieure. **KKE**

FOTOS: COSIMA HANEBECK, FOTOETAGE

Niedersachsen

Brandschutz

Die neue NBauPrüfVO

Architektenkammer Niedersachsen begrüßt Einführung des Prüfingenieurs für Brandschutz

Mit der neuen Niedersächsischen Bauprüfverordnung (NBauPrüfVO) wurde in Niedersachsen erstmals zum 1. September die Prüfingenieurin bzw. der Prüfingenieur für Brandschutz eingeführt. Die Regelung verfolgt das Ziel, die fachliche Qualität der brandschutztechnischen Prüfung zu stärken und zugleich die Bauaufsichtsbehörden bei der Beurteilung komplexer Brandschutzkonzepte zu unterstützen. Hiermit werden die bisherigen Regelungen der Bautechnischen Prüfungsverordnung und der Bauordnungsrechtlichen Sachverständigenverordnung zusammengeführt und zugleich weiterentwickelt. Inhaltlich nähert sich Niedersachsen damit der Muster-Verordnung über die Prüfingenieure und Prüfsachverständigen nach § 85 Abs. 2 MBO (M-PPVO) an. **NKI**

Wahlen

Auf in die nächsten fünf Jahre

Landtag und Kammer: 2027 ist in Niedersachsen Wahljahr



Im kommenden Jahr stehen in Niedersachsen gleich mehrere Wahlen an. Am 26. September 2027 wird der Landtag neu gewählt. Auch die Mitglieder der Architektenkammer Niedersachsen bestimmen 2027 ihre Vertretung für die nächsten fünf Jahre. Wahltag ist der 09.12.2027. Bereits ca. drei Wochen vorher kann abgestimmt werden. Die Vertreterversammlung ist das oberste Organ der Kammer. Sie beschließt Satzungen und Ordnungen, berät berufspolitische Grundsatzfragen und wählt Ausschüsse, Vorstand und Präsidium. Ihre Mitglieder entscheiden damit auch, welche Themen die Kammer aufgreift und welche Positionen sie vertritt. Alle vier Fachrichtungen und die unterschiedlichen Beschäftigungsarten werden bei der Besetzung berücksichtigt. Die Kammerwahl findet alle fünf Jahre statt. Die Stimmabgabe ist online oder per Brief möglich. Über Kandidaturen, die weiteren Fristen und alle weiteren Informationen halten wir Sie im Laufe des kommenden Jahres gerne auf dem Laufenden. **NKI**

Online

Vergabekompass ab sofort online

Bewertung von öffentlichen Auftragsbekanntmachungen verfügbar

Seit November ist der Vergabekompass Niedersachsen unter ↘ beste-vergabe-niedersachsen.de online. Die Kammer stellte ihn in ihrer Vertreterversammlung vor und setzt damit einen Beschluss aus dem Vorjahr um. Grundlage ist ein von der Bayerischen Architektenkammer entwickeltes Angebot, das inzwischen auch die Berliner Kammer nutzt. Alle europaweit bekannt gemachten Ausschreibungen architekturrelevanter Planungsleistungen in Niedersachsen werden systematisch gesichtet und nach einheitlichen Kriterien bewertet. Untersucht wird etwa, welchen Stellenwert das Honorar hat und wie viele Referenzen von Bewerbern verlangt werden. Auch deren Angemessenheit spielt eine Rolle. Die Prüfung geht dabei über die Bekanntmachung hinaus, denn wichtige Bedingungen und mögliche Hürden finden sich häufig erst in Bewerbungsformularen oder Wertungsmatrizes. Dafür hat die Kammer eine Teilzeitstelle eingerichtet. Die Architektin Frauke Brockhausen, die über langjährige Erfahrung im Vergabewesen verfügt, hat die Einrichtung und Erprobung der Plattform begleitet und übernimmt nun die laufenden Bewertungen. Ab Dezember können Büros einen Newsletter abonnieren, der über passende Ausschreibungen und deren Bewertung informiert.

Rechtzeitig korrigieren können

Der Vergabekompass richtet sich nicht nur an Bewerber. Auch öffentliche Auftraggeber sollen erkennen können, warum bestimmte Ausschreibungsbedingungen Büros von einer Teilnahme abhalten. Stellt die Kammer deutliche Unstimmigkeiten fest, informiert sie die Vergabestelle über die beanstandeten Punkte, bevor eine negative Bewertung veröffentlicht wird. So besteht die Möglichkeit, Unterlagen rechtzeitig zu korrigieren. Das spart im besten Fall Arbeit und erleichtert passende Bewerbungen. In die Plattform ist zudem die Registrierung von Planungswettbewerben nach der Richtlinie für Planungswettbewerbe (RPW) eingebunden. Checklisten unterstützen die Geschäftsstelle und ehrenamtliche Berater bei der Prüfung, ob Auslobungsunterlagen vollständig sind und den Vorgaben der RPW entsprechen. Nach Wettbewerbsabschluss können die Verfasser ihre Ergebnisse hochladen. So soll nach und nach ein Archiv mit Wettbewerbsergebnissen entstehen.

Auch die bisherigen Internetangebote der Kammer zu Wettbewerb und Vergabe werden mit dem Vergabekompass verknüpft. Die bislang gedruckten VgV-FAQ sollen überarbeitet und als digitales Glossar bereitgestellt werden, das sich laufend ergänzen lässt. Für eine weitere Ausbaustufe wird geprüft, ob die Plattform Büros bei der Suche nach Partnern für Bewerbergemeinschaften oder Eignungsleihen unterstützen kann.

Wenn weitere Länderkammern das System künftig übernehmen, wäre auch eine länderübergreifende Recherche nach öffentlichen Planungsaufträgen denkbar. Für niedersächsische Büros steht mit dem Vergabekompass zunächst ein Werkzeug bereit, das den Blick auf Ausschreibungen erleichtert und zugleich auf bessere Vergabebedingungen hinwirken soll. **ARA**

FOTO: MIRKO KRENZEL

Bauherrschaft

Gute Planung bleibt der Schlüssel

Rückblick auf das 20. Symposium zur Förderung der Baukultur in Niedersachsen



Alle Reihen gefüllt. Begrüßung durch Bauminister Grant Hendrik Tonne (links), Podiumsdiskussion „Mut für gute Planung" (unten).

Bauen lässt sich beschleunigen, es geht auch günstiger und einfacher. Sorgfältige Planung bleibt dennoch entscheidend. Das war der rote Faden des 20. Baukultursymposiums in Hannover. Projekte aus Osnabrück, Hamburg, Berlin und Mannheim sowie praxisnahe Erfahrungen mit dem Bau-Turbo zeigten, wo Vereinfachung helfen kann und wo sie neue Probleme schafft. Verfahren sollen kürzer, Standards schlanker und Projekte bezahlbarer werden. Kammerpräsident Robert Marlow stellte gleich zu Beginn klar: Gute Planung sei kein Luxus für entspannte Zeiten. Sie könne Konflikte früh erkennen und Fehlentscheidungen vermeiden. Bauminister Grant Hendrik Tonne verwies auf Umbauordnung, Genehmigungsfiktion und digitale Bauanträge. „Der Staat lässt los", sagte er und beschrieb damit auch die wachsende Verantwortung der Planenden.

Monika Thomas von der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung fragte in ihrer Keynote, was beim Abbau von Regeln geschützt bleiben muss. Fairness, Qualität, Partizipation und demokratische Verfahren dürften nicht verloren gehen. Weniger Regeln verlangen deshalb nicht weniger, sondern mehr fachliche Verantwortung. Wie anspruchsvoll das ist, zeigte die Debatte um den Bau-Turbo. Leon Beck, Vorstandsvorsitzender von Architects for Future erinnerte daran, dass nicht jedes Problem im Wohnungsbau ein Genehmigungsproblem ist. Bestand, Klimafolgekosten und graue Emissionen müssten stärker berücksichtigt werden. „Bau-Turbo kommunal" soll Kommunen helfen, Leitlinien für Nachverdichtung, bezahlbaren Wohnraum, Stadtklima und Qualität zu entwickeln. Frank Schlegelmilch von BPW Stadtplanung stellte am Beispiel Ritterhude solche Leitlinien vor. Maike Klesen von der Stadt Gifhorn berichtete dagegen von einem Einzelfallverfahren, das neue Unsicherheiten schafft. Ihr Fazit: Ein Instrument zur Beschleunigung beschleunigt nicht automatisch. In der Podiumsdiskussion betonte Dr. Jan Arning die kommunale Planungshoheit. AKNDS-Vizepräsident Christoph Schild sah im Bau-Turbo zugleich die Chance, alte Planwerke und eingeübte Verfahren neu zu prüfen. Thomas verwies auf die Bodenpolitik, Arning auf begrenzte kommunale Ressourcen. Die Projektbeispiele machten deutlich, warum Baukultur nicht erst im Genehmigungsverfahren entsteht. Im Osnabrücker LokViertel wird städtebauliche Qualität als Standortfaktor verstanden. Im Hamburger Pergolenviertel begleitete ein Forum aus Öffentlichkeit, Politik und Wohnungswirtschaft Planung und Umsetzung. Solche Prozesse brauchen Zeit, können aber Konflikte vermeiden und Qualität langfristig sichern. Vera Hartmann von sauerbruch hutton stellte verschiedene Wege des einfachen Bauens vor: modulare Holzbauweise beim temporären Bundespräsidialamt in Berlin, effiziente Grundrisse im Franklin Village Mannheim sowie Wiederverwendung beim Holz Lehm Campus in Berlin-Weißensee. Gerade dort zeigte sich: Wiederverwendung ist nicht automatisch billiger oder schneller und verlangt zusätzlichen Planungsaufwand.

Ein Patentrezept bot der Tag nicht, dafür eine klare Haltung. Gesetzliche Spielräume können helfen, brauchen aber kommunale Ziele, fachliche Kompetenz und belastbare Entscheidungen. Vereinfachung überzeugt, wenn sie unnötigen Aufwand reduziert. Problematisch wird sie, wenn mit dem Aufwand zugleich die Planung verschwindet. Was jetzt gebraucht wird, ist mehr Mut zu guter Planung. **NKI**



FOTOS: KAI-UWE KNOTH

Wettbewerb

Stadt trifft Landschaft

Wettbewerb für das Doornkaat-Gelände in Norden entschieden



Ein Entwurf mit einem besonderen Gewicht auf der Verbindung von Stadt und Landschaft. Links: Lageplan; unten: Perspektiven.

Mit einem Entwurf, der das ehemalige Doornkaat-Gelände zur Innenstadt öffnet und zugleich den Übergang zum Norder Tief stärkt, haben Trüper Gondesen und Partner TGP Landschaftsarchitekten aus Lübeck gemeinsam mit ELBBERG aus Hamburg den freiraumplanerischen und städtebaulichen Realisierungswettbewerb „Doornkaat-Gelände" in Norden gewonnen. Das Preisgericht unter Vorsitz des Landschaftsarchitekten Prof. Dr. Hans-Peter Rohler empfahl, das erstplatzierte Team unter Berücksichtigung der Juryhinweise mit den weiteren Leistungen zu beauftragen.

Im Mittelpunkt des Entwurfs steht der „Landschaftspark Doornkaat", der sich vom Neuen Weg bis an das Norder Tief erstreckt. Den Zugang aus der Fußgängerzone markiert ein Hochpunkt. Ein mit Bauminseln besetzter Verkehrsraum führt in das Quartier und öffnet sich zum Park. An dieser Schnittstelle liegt eines von zwei neuen Wohnhofgebäuden; ein Café an dessen West- und Südseite soll den Auftakt zusätzlich beleben. Die beiden Baukörper fassen den Landschaftspark nach Norden und schirmen zugleich das dahinter liegende Parkhaus ab. Einschnitte und Höhenversätze gliedern dessen großes Volumen.

Besonderes Gewicht legt der Entwurf auf die Verbindung von Stadt und Landschaft. Ein geschwungenes Wegenetz führt als entschleunigte Route durch den Park, während eine direkte Nord-Süd-Verbindung auf die geplante Brücke über das Norder Tief zuläuft. Im Süden ergänzt eine Sportpromenade die Nutzungen in den bestehenden Gebäuden. Zwischen den Wegen bleibt eine großzügige Wiesen- und Rasenfläche frei, die Raum für unterschiedliche und wechselnde Nutzungen bietet. Gerade diese Offenheit überzeugte das Preisgericht. Der Freiraum wahre wichtige Blickbeziehungen, knüpfe an die Stadt an und führe bis an die Uferkante.

Ortstypisch den Bestand erhalten

Auch der Umgang mit dem denkmalgeschützten Bestand wurde gewürdigt. Zollschuppen, Pumpenhaus und Kühlturm bleiben als Ensemble ablesbar und werden zurückhaltend in die neuen Freiräume eingebunden. Das vorgeschlagene Hostel fügt sich in den Bestand ein. Für Wege und Platzflächen sieht der Entwurf vor allem ortstypischen Klinker, wassergebundene Decken und einen geringen Natursteinanteil vor. Die Hackschnitzelanlieferung für das Heizkraftwerk ist so organisiert, dass sie im neuen Stadtraum kaum in Erscheinung tritt.

Für die weitere Bearbeitung benannte die Jury mehrere Punkte. Die Kubaturen der Neubauten sollen geschärft, der Zugang zum Parkhaus hinsichtlich Breite und Erdgeschossnutzungen überprüft werden. Bei der Regenwasserbewirtschaftung sieht das Preisgericht die vorgesehenen Rigolen wegen des hohen Grundwasserstands und der Herstellungskosten kritisch. Stattdessen soll untersucht werden, ob die großen Wiesenflächen für eine oberirdische Versickerung genutzt werden können. Auch Anlegestelle, Höhenkonzept und Vegetation bedürfen weiterer Ausarbeitung.

Einen zweiten Preis vergab das Preisgericht nicht. Der dritte Preis ging an Bruun & Möllers aus Hamburg mit KBNK ARCHITEKTEN, ebenfalls Hamburg. Eine Anerkennung erhielten nsp schonhoff schadzek depenbrock landschaftsarchitekten stadtplaner aus Hannover mit Cityförster architecture + urbanism, ebenfalls Hannover. Insgesamt waren acht Arbeiten eingereicht worden. **NKI**





VISUALISIERUNGEN: TGP/ELBBERG/WERK3

Kongress

Tempo, Effizienz und Nachhaltigkeit

Eigenes Kammer-Forum auf dem Wohnungspolitischen Kongress



Auf dem Panel diskutierten (v. l. n. r.): Prof. Sven Martens, Hiram Kahler, Maria Atitar, Prof. Tatjana Sabljo und Gabi von Allwörden

Die AKNDS gestaltete gemeinsam mit dem vdw Niedersachsen Bremen das Forum „Ist der Wohnungsbau zu analog? Bringen Digitalisierung und serielle Bauweisen wirklich mehr Tempo, Effizienz und Nachhaltigkeit?“ auf dem 21. Wohnungspolitischen Kongress. Den Auftakt machte Hendrik Wiese von der Leibniz Universität Hannover mit einem Vortrag zu Chancen und Grenzen von KI in der Architektur. Seine These: Geschwindigkeit sei das falsche Ziel. KI werde dann sinnvoll, wenn die gewonnene Zeit in bessere Planung fließe. Bei Recherche, Textarbeit, Varianten oder Routinen könne sie unterstützen. Gestaltung, Abwägung und Verantwortung blieben Sache der Planenden. Wie digitale Werkzeuge schon heute eingesetzt werden, zeigten anschließend drei Start-ups. Liza Ocklenburg stellte mit Cosuno ein KI-gestütztes Ausschreibungstool für Bauleistungen vor. Max Rudolph präsentierte mit Buildplace einen digitalen Zwilling für die Stadtplanung und -entwicklung. Sebastian Rademacher zeigte mit Navou ein KI-Dienstleistungskonzept für den Umbau des Gebäudebestands zu Wohnen. In der Gesprächsrunde „Viele Tools, ein Ziel. Was ist realistisch?“ diskutierten Prof. Tatjana Sabljo, Vorsitzende des BDA Niedersachsen, Maria Atitar, Vorsitzende des Kammer-Wettbewerbsausschusses, sowie Prof. Sven Martens, Professor an der Jade Hochschule Oldenburg. Sabljo stellte die bisherige Förderlogik infrage. Statt immer mehr Dämmung oder Technik zu fördern, müsse auch darüber gesprochen werden, ob weniger Material und weniger technische Ausstattung nicht manchmal der bessere Weg seien. Maria Atitar hingegen berichtete aus Wettbewerben, dass stark idealisierte KI-Visualisierungen den Blick auf die eigentliche Qualität eines Entwurfs überlagern könnten. Martens warnte davor, dass zusätzliche technische Möglichkeiten schnell zu noch mehr Daten, Varianten und (vermeintlicher) Perfektion führten. Was zunächst Zeit spare, könne an anderer Stelle neue Arbeit erzeugen. Am Ende bestand Einigkeit darin, dass digitale Werkzeuge Planung nicht einfach nur beschleunigen sollten. Sie können Routinen vereinfachen und Zeit für Entwurf, Prüfung und sorgfältige Entscheidungen schaffen. Die entscheidende Frage ist deshalb nicht nur, ob Digitalisierung und serielles Bauen mehr Tempo bringen, sondern ob sie zu besserer Planung beitragen. **KGÖ**

Politik

Zu Gast im Niedersächsischen Landtag

Parlamentarischer Abend bringt erneut Politik und Berufsstand an einen Tisch

Ein Abend, der mittlerweile zur festen Größe im Jahreskalender der Architektenkammer geworden ist. Landtags-Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast begrüßte als Hausherrin die rund 100 Gäste, ehe Kammer-Präsident Robert Marlow (rechts) die aktuellen Herausforderungen des Berufsstandes direkt an die Politik adressieren konnte. „Einerseits. Andererseits.“ Mit diesen Worten beschrieb Marlow die aktuelle Lage der Architekturbüros: Während die Geschäftslage vielerorts noch gut ist, bereiten die Aussichten für die kommenden Monate zunehmend Sorgen. Die Erleichterungen durch die novellierte Niedersächsische Bauordnung begrüßte er ausdrücklich. Zugleich machte er deutlich, dass bessere gesetzliche Rahmenbedingungen allein die Krise im Wohnungsbau nicht lösen können.



Besonders am Herzen lag ihm die Zukunft der vielfältigen, mittelständisch geprägten Planungslandschaft in Niedersachsen. Angesichts zunehmender Gesamtvergaben und hoher Zugangshürden bei öffentlichen Aufträgen warnte er davor, dass gerade junge und kleinere Büros das Nachsehen haben. Marlow warb für mehr Planungswettbewerbe, faire Vergabeverfahren und den Erhalt der beruflichen Unabhängigkeit. Deutliche Kritik äußerte er auch an der geplanten Novellierung des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes. Bei allen Herausforderungen gab es aber auch Grund zur Zuversicht: Hervorragend ausgebildeter Nachwuchs, engagierte junge Büros und neue Ideen für den Umgang mit unserem Gebäudebestand sprechen für ein gute, positive Grundrichtung und eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Politik. In der anschließenden vom Journalisten Martin Brüning geleiteten Podiumsdiskussion mit den baupolitischen Sprechern von CDU, SPD und Grünen wurde insbesondere die geplante Denkmalschutzgesetz-Novelle, welche die Kammer deutlich kritisiert hatte, intensiv diskutiert. **NKI**

FOTOS: NBANK, KAI-UWE KNOTH

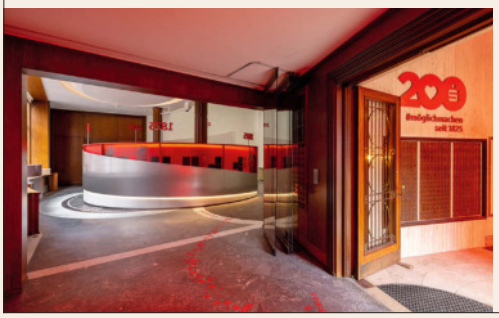
Lieblingsort



Denkmal braucht Zukunft

Am Markt 12 wird das Baudenkmal zur Bühne: reversibel, öffentlich und offen für neue Nutzungen

Ein Denkmal ist nicht dadurch gerettet, dass es unangetastet bleibt. Es braucht Nutzung, Öffentlichkeit und eine Zukunft. Genau darin liegt eine der zentralen Aufgaben im Umgang mit geschütztem Bestand: Wie lässt sich weiterbauen, ohne auszulöschen? Wie lässt sich verändern, ohne zu überformen? Das Haus Am Markt 12 in Bremen zeigt, wie produktiv dieser Widerspruch sein kann. Zum 200-jährigen Jubiläum der Sparkasse wurde das Hochparterre des ehemaligen Bankgebäudes wieder für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Ein folgerichtiger Schritt, denn das Gebäude war immer auch ein öffentlicher Ort – und erzählt zugleich ein Stück Bremer Finanz- und Stadtgeschichte. Sein Bestand ist selbst vielschichtig. Außen steht die gerettete und rekonstruierte Rokokofassade aus der Mitte des 18. Jahrhunderts, innen der ehemalige Kassenraum der 1950er-Jahre. Denkmalpflege bedeutet hier deshalb nicht die Rückkehr zu einem vermeintlich eindeutigen historischen Zustand. Entscheidend ist vielmehr, die unterschiedlichen Zeitschichten lesbar zu halten. Die temporäre Ausstellung antwortet darauf mit einem klaren Prinzip: Reflexion. Ein halb offenes Rondell wird als selbstbewusster Raum im Raum eingestellt. Es übernimmt Farben seiner Umgebung, ohne historisierend zu werden. Es berührt den Bestand nur minimal und bleibt reversibel. Raum-in-Raum-Lösungen können neue Nutzungen ermöglichen, ohne historische Substanz zu beanspruchen. Sie schaffen Handlungsspielraum dort, wo Baurecht, Denkmalschutz und hohe Umbaukosten Veränderungen erschweren. Ebenso wichtig ist, was nicht bebaut wird. Die Mitte bleibt frei und wird zur Bühne für Begegnung. Das vorhandene Wandrelief bleibt sichtbar und Teil der Erzählung. Bestand und Intervention konkurrieren nicht – sie erzeugen Bedeutung erst im Gegenüber. Für mich ist das eine Zukunftsfrage der Denkmalpflege: neben der Wahrung und dem Erhalt der Gebäude vor allem, wie wir sie wieder zu aktiven Orten machen. Am Markt lässt sich genau darüber sprechen – über das, was war, was ist und was noch werden könnte.





Juliane Kniel, Innenarchitektin
Juliane Kniel ist Mitglied im Vorstand der Architektenkammer Bremen.

Impressum

Architektenkammer der Freien Hansestadt Bremen
V. i. S. d. P.: Markus Thorn, Geschäftsführer, Geeren 41/43, 28195 Bremen, Telefon: 0421 1626890, info@akhb.de, www.akhb.de
Architektenkammer Niedersachsen V. i. S. d. P.: Nils Marius Kirschstein, Referent Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Laveshaus, Friedrichswall 5, 30159 Hannover, Telefon: 0511 2 80 96-0, info@aknds.de, www.aknds.de
Redaktion Katja Gazey (KGA), Nils Marius Kirschstein (NKI), Kristin Kerstein (KKE), Andreas Rauterberg (ARA), Katharina Göbel-Groß (KGÖ)
Verlag, Vertrieb, Anzeigen Vogel Corporate Solutions GmbH, Axel-Springer-Str. 65, 10969 Berlin, info@dab-media.de
Anzeigenleitung Dagmar Schaafs, dagmar.schaafs@vogel.de
Druckerei dierotationsdrucker.de, Zeppelinstraße 116, 73730 Esslingen
Hinweis Das DAB Regional wird allen Mitgliedern der **Architektenkammer der Freien Hansestadt Bremen und der Architektenkammer Niedersachsen** zugestellt. Der Bezug des DAB Regional ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

FOTOS: MICHEL IFFLÄNDER, GFG / GRUPPE FÜR GESTALTUNG GMBH